

# Dokumentation der Lebenslagen wohnungsloser Frauen

Ein Erfahrungsbericht  
aus Stuttgart  
von Iris Brüning  
Zentrale Frauenberatung  
Ambulante Hilfe e.V.

# Inhalt

- Entstehung frauenspezifischer Einrichtungen in Stuttgart
  - Anfang
  - Aufbau
  - Frauenplätze in Stuttgart
- Entwicklung der Dokumentation in der Wohnungsnotfallhilfe Stuttgart
  - Entwicklung
  - Zentrale Fragen
  - Beispiele
  - Widerstände
  - Aber

# Entstehung - Anfang

- 1979 beginnt der Aufbau der Hilfen für wohnungslose Frauen in Stuttgart
- Zählung durch Strichlisten
- Wahrnehmung der Frauen durch Sozialarbeiterinnen
- 1982 Feststellung: mehr als 5% Frauen -->
- 1. teilstationäre Einrichtung nur für Frauen entsteht

# Entstehung - Aufbau

- 1982 Arbeitskreis Frauen formiert sich
- 1982 erste teilstationäre Einrichtung für Frauen
- 1984 separate Beratungsräume
- 1984 Arbeitsplätze bei Arbeitshilfeträgern
- 1987 Forderung nach einer Tagesstätte/Konzeptionsentwurf
- 1988 Ausgliederung der Frauenabteilung aus dem städtischen Übernachtungsheim (400 Mä./40 Fr.)
- 1991 Eröffnung der Frauenpension (Caritasverband)
- 1993 Eröffnung der Tagesstätte „Femmetastisch“ (SKF)
- 2000 Umstrukturierung der WNH  
Eröffnung Zentrale Frauenberatungsstelle (AH in Koop. mit CV und EVA = einzigartig)
- 2005 Eröffnung Käthe-Luther-Haus (vollstationär)

# Frauenplätze in Stuttgart

**Insgesamt hat Stuttgart derzeit ca.  
221 Plätze in frauenspezifischen  
Einrichtungen**

(vollstationär, teilstationär, Aufnahmehaus,  
Notübernachtungen, betreutes Wohnen)

**bei einer Einwohnerzahl von rund 500.000.**

Nicht mit gerechnet sind hier die Plätze im Betreuten  
Wohnen im Individualwohnraum und Mutter-Kind-Plätze.

# Entwicklung der EDV-Dokumentation

- 2001: Erfassung per EDV bei den Fachberatungsstellen
- Teilnahme der Zentralen Frauenberatung an einer AG (Stadt u. Freie Träger), die sich mit Dokumentation befasst
- Einrichtung einer Unterarbeitsgruppe zum Zwecke der gemeinsamen Erfassung aller Fachberatungsstellen auf der Basis des BAG-Datensatzes
- Dabei: Kürzung des BAG-Datensatzes und Hinzufügung Stuttgarter Spezifika
- Ab 2005 aggregierte Auswertung aller Fachberatungsstellen quartalsweise

# Entwicklung der EDV-Dokumentation

- 2007 wird der überarbeitete Basisdatensatz der BAG-W eingeführt
- Aus diesem Anlass auch Überarbeitung der Stuttgarter Erfassung (Anpassung an den neuen Datensatz und Straffung (insb. der Quartalsstatistik))
- 2008 Beginn einer einheitlichen aggregierten Datenerfassung aller Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe

# Zentrale Fragen

bei der Entscheidung, welche  
Variablen nehmen wir und welche  
nicht



# Welches Zahlenmaterial ist **notwendig und ausreichend** ?

- um Gründe, warum Frauen wohnungslos werden aufzuzeigen
- um Lebenslagen der Frauen darzustellen
- um Bedarfe zu erkennen und diese nach außen klar darzustellen
- um Veränderungen beim Klientel zu belegen, das Angebot zu überprüfen
- um Möglichkeit zu haben, auf Anfragen (z.B. aus der Politik) zeitnah zu reagieren
- und letztlich zur Legitimation der eigenen Arbeit/Einrichtung

# Welches Zahlenmaterial ist **zumutbar ?**

- für die Klientinnen
- für die datenerfassenden MitarbeiterInnen aus der Praxis
- für die Sozialplanung

# Welches Zahlenmaterial ist **interpretierbar ?**

- Fehlende Fachkräfte/Geld für Interpretation
- zu viele Variablen überfordern

# Beispiele

- nicht übernommen vom Basisdatensatz
  - Erwerbstätigkeit/Erwerbsfähigkeit
  - Häufigkeit der Wohnungslosigkeit
  - soziale Kontakte/Hausarztbesuche/Bankkonto
- eingeschränkt oder verändert übernommen
  - Wohnungswunsch (verändert)
  - Region des letzten Wohnungsverlustes (eingeschränkt)
- zusätzlich erhoben
  - Sanktionen
  - Unterkunfts differenzierung (bei amb.betr.Wohnform)
- Immer wieder diskutiert
  - Grund und Auslöser (schwierig differenzierbar)
  - Altersdifferenzierung (Auswertung schwierig)

# Widerstände

- Wissenschaftliche/soziologische Erkenntnisse nicht immer transparent → dadurch in Frage stellen der Sinnhaftigkeit
- Politische Auswirkungen nicht erkennbar (bundesweit und kommunal). Was passiert mit den Auswertungen bzw. Forderungen?
- Durchführbarkeit/Zumutbarkeit/Arbeitszeit/Hard- und Software teuer (Fraueneinrichtungen eher klein, wenig Personal und zeitliche Ressourcen, auch weniger Geld, oft Projektförderungen)

# Aber

- Wenn Anfragen der Presse nicht zeitnah und befriedigend beantwortet werden können, ist nachhaltige Lobbyarbeit nicht möglich
- Kommune/Sozialplanung ist als Geldgeber berechtigt, Zahlen (sozusagen als Leistungsnachweis) zu erhalten
- Das Interesse der Politik (Sozialausschüsse/Haushaltsverhandlungen) an der WNH muss unbedingt erhalten bleiben
- Vergleichbare Zahlen innerhalb der Kommune dienen der Eigensteuerung des Systems/der Einrichtung
- Vergleichbare Zahlen bundesweit zeigen Entwicklungen und regionale Unterschiede auf

**„ Was gezählt ist, wird sichtbar.  
und indem man zählt,  
fängt das was gezählt wird,  
auch an zu zählen.“**

Charles Handy, engl. Unternehmensberater \*  
1932